

## **Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses (9. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Christian Leye, Pascal Meiser, Alexander Ulrich,  
weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 20/8855 –**

### **Bezahlbaren Strom sichern – Industriestrompreis einführen, Stromsteuer abschaffen**

#### **A. Problem**

Aufforderung an die Bundesregierung, einen befristeten Industriestrompreis einzuführen und die Stromsteuer auf das europarechtlich zulässige Minimum abzusenken.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.**

#### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

#### **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 20/8855 abzulehnen.

Berlin, den 15. November 2023

**Der Wirtschaftsausschuss**

**Michael Grosse-Brömer**  
Vorsitzender

**Leif-Erik Holm**  
Berichterstatter

## Bericht des Abgeordneten Leif-Erik Holm

### I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/8855** wurde in der 132. Sitzung des Deutschen Bundestages am 20. Oktober 2023 an den Wirtschaftsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Haushaltsausschuss, an den Ausschuss für Arbeit und Soziales und an den Ausschuss für Klimaschutz und Energie zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion DIE LINKE. stellt fest, dass bei schwieriger gesamtwirtschaftlicher Lage insbesondere die energieintensiven Industrien einen Produktionseinbruch von fast 20 Prozent seit dem Beginn des kriegsbedingten Energiepreisschocks verzeichneten. Neben gestiegenen Energiepreisen in Europa, vor allem in Deutschland, führten niedrige Strompreise und die Subventionen durch den „Inflation Reduction Act“ in den USA zu einem Wettbewerbsnachteil für in Deutschland ansässige Unternehmen mit gesamtgesellschaftlichen Folgen. Zudem erfordere der Klimaschutz eine Elektrifizierung der Produktion, anstatt hierfür fossile Brennstoffe zu nutzen, wofür es wiederum planbarer und bezahlbarer Strompreise für die Unternehmen bedürfe.

Es sei daher angezeigt, sich den schon vom Bundesrat beschlossenen Begehren nach Einführung eines Industriestrompreises und der Absenkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß (Bundesratsdrucksache 106/23) anzuschließen. Der Deutsche Bundestag solle die Bundesregierung deshalb auffordern, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Einführung eines befristeten Industriestrompreises für Unternehmen aus verlagerungsbedrohten, energieintensiven und im internationalen Wettbewerb stehenden Industrien vorsehe, der aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) finanziert, an Kriterien wie Tarifbindung, Standorttreue und Transformationsverpflichtung gebunden sei sowie mit einer flexiblen Komponente Anreize setze, die Produktion dem Angebot an günstigem erneuerbarem Strom anzupassen. Der Bundestag solle die Bundesregierung außerdem auffordern, mit einem Gesetzentwurf die Absenkung der Stromsteuer von 2,05 Cent pro Kilowattstunde (kWh) auf das europarechtlich zulässige Minimum von 0,1 Cent/kWh für Privatpersonen und 0,05 Cent/kWh für Unternehmen zu initiieren.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/8855 in seiner 65. Sitzung am 15. November 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 20/8855 in seiner 63. Sitzung am 15. November 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** hat den Antrag auf Drucksache 20/8855 in seiner 86. Sitzung am 15. November 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU dessen Ablehnung.

#### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Wirtschaftsausschuss hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 20/8855 in seiner 60. Sitzung am 15. November 2023 in Verbindung mit einer Aussprache zu Selbstbefassungen zur aktuellen wirtschaftlichen Lage in Deutschland und zum Strompreispaket sowie einer EU-Vorlage zur Netto-Null-Industrie-Verordnung abschließend beraten.

Die **Fraktion DIE LINKE.** forderte im Zusammenhang mit ihrem Antrag die Kombination der Absenkung der Stromsteuer mit der Einführung eines Brückenstrompreises. Auch wenn man sich der Kosten der beiden Maßnahmen sehr wohl bewusst sei, dürfe in dieser Frage kein Entweder-oder herrschen. Nach Auffassung der Fraktion sollte die Absenkung der Stromsteuer nicht nur für das produzierende Gewerbe gelten, sondern beispielsweise auch Krankenhäuser und Privatverbraucherinnen und -verbraucher einbeziehen. Die Absenkung der Stromsteuer wirke sich jedenfalls für die energieintensiven Industrien nicht positiv aus, diese zahlten bereits gegenwärtig keine Stromsteuer. Deren Minderung auf das europäische Mindestmaß bringe im Übrigen aufgrund der großen Schwankungen auf dem Strommarkt keine Stabilität. Die Fraktion DIE LINKE. bemängelte zudem, dass die beschlossene Subventionierung nicht an eine Tarifbindung und Standortgarantien der Unternehmen gebunden werde.

Der **Wirtschaftsausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/8855.

Berlin, den 15. November 2023

**Leif-Erik Holm**  
Berichtersteller